

Der Vollzugsdienst

6/2019 – 66. Jahrgang

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

BSBD-Bundesleitung führt Gespräche mit dem Rechtsausschuss des Bundestages

Probleme des deutschen Justizvollzuges erörtert

Seite 1

Bedrohliche Zustände im medizinischen Bereich der Hamburgischen JVAen

Gewerkschaft Strafvollzug (LVHS) schlägt erneut Alarm

Seite 34

Fachtag „Diversität in der Verwaltung leben – Herausforderung als Chance“

Rechtliche Lage im Kontext von Arbeit

Seite 77



BSBD Bundesvorsitzender René Müller gratulierte dem neuen Landesvorstand des BSBD Brandenburg zur Wahl.

Mehr dazu: Seite 27



HESSEN



RHEINLAND-PFALZ

INHALT

BUNDESHAUPTVORSTAND

- 1 Rück- und Ausblick der BSBD-Bundesleitung
- 1 In Berlin unterwegs: BSBD-Bundesleitung führt Gespräche mit dem Rechtsausschuss des Bundestages
- 2 Landesgewerkschaftstag in Brandenburg: Glückwunsch an den neu gewählten Landesvorstand
- 2 Sitzung der BSBD-Landesfrauenvertreterinnen in Potsdam

LANDESVERBÄNDE

- 4 Baden-Württemberg
- 19 Bayern
- 21 Berlin
- 27 Brandenburg
- 34 Hamburg
- 39 Hessen
- 48 Mecklenburg-Vorpommern
- 53 Niedersachsen
- 54 Nordrhein-Westfalen
- 68 Rheinland-Pfalz
- 72 Saarland
- 75 Sachsen
- 80 Sachsen-Anhalt
- 85 Schleswig-Holstein
- 88 Thüringen
- 74 Impressum



Mitglied im  dbb beamtenbund und tarifunion

 Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften (CESI)

Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	René Selle	rene.selle@bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzende Schriftleitung	Anja Müller	vollzugsdienst@bsbd.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	
Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Alexander Schmid	Alex.Bodman@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Ralf Simon	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	bsbd.brb-geschaefsstelle@email.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Thomas Wittenburg	thomas.wittenburg@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Birgit Kannegießer	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Hans-Jürgen Papenfuß	hans_j_papenfuss@me.com www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Ulrich Biermann	ulrich.biermann@jva-bielefeld-senne.nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Winfried Conrad	bsbd.winfried.conrad@t-online.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	René Selle	selle@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-isa.de www.bsbd-isa.de
Schleswig-Holstein	Thomas Steen	steen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Jörg Bursian	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

ERSCHEINUNGSTERMIN

der Ausgabe 1/2020:



11. Februar 2020

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das Jahr 2019 war wie kaum ein anderes von vielen Veränderungen innerhalb des **BSBD**, aber auch innerhalb des Vollzuges geprägt.

In zahlreichen Landesverbänden hat es eine „Wachablösung“ gegeben (wir berichteten ausführlich in den vergangenen Ausgaben). Damit ist zwangsläufig eine Neuausrichtung unserer Gewerkschaft verbunden.

Nicht grundsätzlich, aber hier und da werden die Landesvorsitzenden sicherlich andere Akzente setzen (müssen oder wollen).

Die Bundesleitung ist bereit, neue Wege mitzugehen und wir freuen uns auf einen konstruktiv-kritischen Austausch.

Die Tarifverhandlungen 2019 waren ein weiterer Meilenstein. Unter dem Strich hätte das Ergebnis sicherlich schlechter ausfallen können.

Trotzdem sind wir mit den Detailergebnissen, beispielhaft sei die Pflegezulage in Höhe von 120 € erwähnt, nicht zufrieden. Hier werden wir aber nicht locker lassen und am Ball bleiben.

Die Bundesleitung hat sich 2019 regelmäßig getroffen und versucht im Sinne unserer Mitglieder tätig zu werden. Unter anderem haben wir

Treffen mit den rechtspolitischen Sprechern der im Bundestag vertretenen Parteien vereinbart. Einige Gespräche haben schon stattgefunden, andere werden noch folgen.

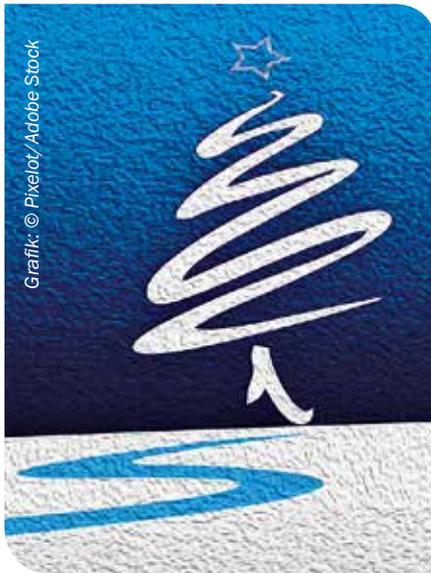
Unsere Umfrage zur Gewalt im Justizvollzug hat uns bundesweite Aufmerksamkeit beschert und geholfen, das schwierige Arbeitsumfeld im Justizvollzug besser darzustellen und auf aktuelle Probleme hinzuweisen. Der Vorstoß von **Bundesinnenminister Seehofer** Abschiebungsgefangene zukünftig wieder in Justizvollzugsanstalten unterzubringen, die Suspendierung von Kolleginnen und Kollegen in der JVA Dresden und nicht zuletzt der Übergriff auf eine Kollegin in der JVA Lübeck haben uns alle betroffen gemacht und beschäftigt uns bis heute.

Auch das Jahr 2020 wird so manche Überraschung bereithalten. Aber das sind wir im Justizvollzug ja gewohnt!

Die Bundesleitung wünscht Ihnen und Ihren Familien frohe und besinnliche Weihnachtstage sowie einen guten Rutsch in das Jahr 2020.

Allen, die an diesen Tagen Dienst verrichten, wünschen wir ruhige und stressfreie Tage!

*Eure
Bundesleitung*



In Berlin unterwegs

BSBD-Bundesleitung führt Gespräche mit dem Rechtsausschuss des Bundestages

Nachdem in der Bundespolitik und im Bundesjustizressort nach den Wahlen des Europaparlaments etwas Ruhe und Konstanz eingekehrt war, führte die Bundesleitung Gespräche mit den im Rechtsausschuss vertretenen Abgeordneten des Bundestages.

Den Auftakt machten der **Bundevorsitzende Müller** und der **stellv. Bundevorsitzende Patzer** zusammen mit Herrn **Dr. Jürgen Martens**, der einen Sitz als Mitglied im Rechtsausschuss für die **FDP** innehat und als rechtspolitischer Sprecher seiner Partei agiert. Dieses Gespräch erfolgte im Oktober diesen Jahres, gefolgt von weiteren mit Herrn **Friedrich Straetmanns**, Abgeordneter der Partei **DIE LINKE**, ebenfalls Mitglied und rechtspolitischer Sprecher im Rechtsausschuss für seine Partei. Die Gespräche fanden jeweils in einem vertraulichen Rahmen in den Räumen des Berliner Bundestages statt. Erörtert wurden die Probleme des deutschen Justizvollzuges. Hierbei waren die Themen Personalkräftemangel, unzureichende Ausstattungen und



Die Bundesleitung im Gespräch mit MdB Dr. Martens. V.l.n.r.: René Müller, MdB Dr. Jürgen Martens (FDP), Sönke Patzer.

Fotos (2): BSBD Bund

der teilweise marode Zustand von Gebäuden und Teilen der Sicherheitstechnik in den Justizvollzugsanstalten vorrangig. Hinzu kommen die deutliche Überbelegung in den Anstalten und die durch die Beschlüsse der Landesparlamente und die Gesetzgebung

des Bundestages verschärfte Situation im Bereich der Unterbringung von Gefährdern über einen längeren Zeitraum nach dem SOG/PAG (Sicherheits- und Ordnungsgesetze/Polizeiaufgabengesetze) der Länder. Die Möglichkeit der Unterbringung von Abschiebehaft-

gefangenen in den Justizvollzugsanstalten, beschlossen im zweiten Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht, erhöht die dadurch mögliche Belegungssituation und damit den Belegungsdruck zusätzlich. Zunehmend werden in den Haftanstalten auch Straftäter inhaftiert, die offensichtlich einer terroristischen Vereinigung angehören und/oder im radikalen Milieu einzuordnen sind. Gemeint sind hierbei bspw. die Personen, die aus dem Kreis des IS stammen und die, die jetzt bereits in der Türkei inhaftiert und nach



René Müller mit MdB Friedrich Straetmanns (Die Linke) im Austausch über die Probleme des Justizvollzuges in Deutschland.

Deutschland überführt werden sollen. Zu überlegen ist dringender denn je, ob eine Hafteinrichtung auf Bundesebene angebracht ist, in der die Fallgruppen untergebracht werden, in denen die Bundesanwaltschaft zuständig ist.

Seit der Föderalismusreform werden die Bundesländer mit dieser Problematik allein gelassen. Bundeseinheitliche Regelungen fehlen, ebenso wie bundeseinheitliche Konzepte. Gerade diese Klientel erfordert einen erhöhten Personalaufwand aufgrund vorhandener Haftstatuten. Personell und finanziell werden die Bundesländer vom Bund nicht unterstützt. Da sich der Bund seit Jahren der Zuständigkeit der Unterbringung entzieht, bleibt die Problematik personeller und finanzieller Mehrbelastungen den Bundesländern vorbehalten. Ziel der Gespräche war und ist es, die Mitglieder des Rechtsausschusses und damit die Fraktionen des Bundestages für das Thema Justizvollzug zu sensibilisieren, indem nachhaltig über die Missstände informiert wird. Gleichzeitig verwies die Bundesleitung auf die Auswirkungen des Föderalismus im Bereich des Justizvollzuges, um zumindest ein Nachdenken über die (Un-)Sinnhaftigkeit zu erzielen. Herrn Dr. Martens ist der Justizvollzug nicht unbekannt, da er selbst einige Jahre den Posten des Landesjustizministers

in Sachsen innehatte. Für eine Umkehr der Föderalismusreform sieht er aus Sicht seiner Partei allerdings keinen Spielraum. Auch Herrn **Straetmanns**, der viele Jahre als Rechtsanwalt und Richter agierte, sind viele Probleme des Justizvollzuges vertraut. Beide Abgeordnete sicherten dem **BSBD** zu, die Thematik Justizvollzug aufzunehmen und in ihrem Bereich anzusprechen.

Der **BSBD** bedankt sich für die Gesprächsbereitschaft und das offene Ohr, das uns in den Gesprächen entgegen gebracht wurde. ■

Landesgewerkschafts-tag in Brandenburg

Herzlichen Glückwunsch dem neu gewählten Landesvorstand des BSBD Brandenburg unter Leitung der Kollegin Dörthe Kleemann und herzlichen Dank für die intensive und loyale Zusammenarbeit des alten Landesvorstandes unter Führung von Rainer Krone.

In einer tollen Atmosphäre hat sich der BSBD-Landesverband Brandenburg in Potsdam neu formiert.

Die Bundesleitung des BSBD wünscht euch Fortune in der Gewerkschaftsarbeit. Auf ein weiteres gutes Miteinander. ■

Sitzung der BSBD-Landesfrauenvertreterinnen

Bundesfrauenkongress findet vom 24. bis 25. April 2020 in Potsdam statt

Unsere 4. AK-Sitzung fand im wunderschönen Potsdam vom 25. bis 27. Oktober 2019 statt. Und das aus gutem Grund. Die Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie in Brandenburg Frau Susanna Karawanskij folgte unserer Einladung.

Zum ersten Mal, seit dem die Bundesfrauenvertretung besteht, folgte eine Ministerin der Einladung einer Arbeitskreissitzung-Frauen im Justizvollzug. Sie nahm die Einladung gern an und bereicherte am 25. Oktober 2019 unsere Sitzung sehr. Ihr Ressort ist groß und umfassend und beinhaltet zahlreiche frauenspezifische Themen. Eingangs gab uns Frau **Karawanskij** Einblicke in ihre Tätigkeit. Das Bundesland Brandenburg hat die niedrigste Arbeitslosigkeit, trotzdem leidet es unter Arbeitskräftemangel und Kinderarmut. Fachkräfte sollen weiterhin über den ESF gut ausgestattet bleiben. Integration von straffälligen Frauen ist wichtig, doch dafür gibt es nur geringe Förder-

mitteln. Die Ministerin beschäftigt sich mit Themen wie Arbeitszeitverdichtung, Gesundheitsmanagement, Strategien zur Fachkräftegewinnung, um den demografischen Wandel entgegenzuwirken, und ganz besonders mit der Schaffung eines Paritätsgesetzes.

Auch im Gedenkjahr „100 Jahre Frauenwahlrecht“ sind die Gleichstellungsrahmenbedingungen weiterhin verbesserungsbedürftig.

Gewalt in der Gesellschaft hat weiter zugenommen

Auch das Thema **Gewalt in der Gesellschaft** ist der Ministerin nicht fremd. Gewalttaten sowohl gegen Frauen wie auch gegen Männer haben weiter zugenommen.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken wurden in Brandenburg Projekte wie „**Frauen und Sucht**“ (Themen die auch im Justizvollzug alltäglich sind) installiert. Weibliche Straftäterinnen sind oft Suchtmittelabhängig.

Die Ministerin versuchte immer wieder, Schnittpunkte zur Justiz, beson-

ders zu weiblichen Bediensteten und ihrem Ressort, zu finden. Frau **Karawanskij** zeigte sich offen und besonders interessiert an den Aufgaben und Gefährdungssituationen von weiblichen Bediensteten im Justizvollzug. Ein gehaltvoller Erfahrungsaustausch fand zwischen Frau Ministerin und dem Arbeitskreis statt. Einen von uns vorbereiteten Fragekatalog hat sie gerne entgegengenommen und fachkompetent beantwortet zurückgegeben.

Unserer Einladung waren ebenfalls der **Bundesvorsitzende René Müller** und der **stellv. Bundesvorsitzende Horst Butschineke** gefolgt. Beide nutzen ebenfalls die Gelegenheit, Frau Ministerin die bestehenden Thematiken des Justizvollzuges, besonders mit Blick auf die weiblichen Bediensteten, vorzutragen. Z. B.: **Vereinbarkeit Familie und Beruf, Teilzeit, Mobbing von Frauen**. Nach den Berechnungen der Gewerkschaft fehlen derzeit 2.000 Beschäftigte bundesweit im Justizvollzug. Dies hat zur Folge, dass der Justizvollzug seine Aufgabe der Resozialisierung

nicht mehr hinreichend bewältigen kann. Aber auch die Föderalismusreform führt zu immer mehr Ungleichbehandlungen der Beamten und Beamtinnen bzw. der Tarifbeschäftigten in den einzelnen Bundesländern (z. B. in der Besoldung). Es gibt kein Familienpflegegesetz für Beamte, und jedes Bundesland hat eine andere Sonderurlaubsregelung.

Die Bundesfrauenvertreterin **Ingrid Bernhardt** wies bei Einstellung von Personal auf vermehrte befristete Arbeitsverträge (bei Tarifangestellten) im Justizvollzug hin, welche sich auf die Familienplanung ungünstig auswirken und bei ständigem Wechsel eine Frage der Sicherheit sind. Unbefristete Arbeitsverträge im Justizvollzug und im öffentlichen Dienst sollten zur Norm werden, um hier den Beruf attraktiver zu machen. Ebenfalls fehle es an Respekt und Wertschätzung gegenüber der Tätigkeit der Justizvollzugsbediensteten. Im Mittelpunkt des weiteren Verlaufes unserer AK Sitzung stand der Bundesfrauenkongress. Der Bundesfrauenkongress findet vom 24. bis 25. April 2020 in Potsdam statt. Unsere Gewerkschaft hat 4.456 weibliche Mitglieder und deshalb dürfen wir vier



Die Bundesleitung informierte sich beim Arbeitskreis der Landesfrauenvertreterinnen über die Situation der Frauen im Justizvollzug.

Foto: BSBD Bund

stimmberechtigte Delegierte plus Bundesfrauenvertretung entsenden. Soviel wie noch nie! Um fristgemäß die vorgegebenen Termine einhalten zu können, war es notwendig, uns mit der Einreichung von Anträgen zu beschäftigen. Anträge mit Frauen – und berufsspezifischen Inhalten sind äußerst schwierig und zeitintensiv. Eine Herausforderung,

der wir uns gestellt haben. Wir hoffen, dass unsere Anträge Berücksichtigung finden. Außer auf diesen Höhepunkt im April 2020 möchten wir auf unsere nächste AK-Sitzung aufmerksam machen, welche voraussichtlich im Oktober 2020 stattfinden wird.

Ingrid Bernhardt
Bundesfrauenvertreterin

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Dienstunfähigkeitsversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Sie leisten täglich viel im stressigen Arbeitsalltag. Die **DBV Dienst- und Berufsunfähigkeitsversicherung** speziell für **Beamte** bietet Ihnen Schutz von Anfang an – egal, was kommen mag.

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter www.DBV.de.

